

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur (15. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Oliver Luksic, Frank Sitta, Torsten Herbst,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 19/22495 –

Nachhaltige Mobilität durch Innovationen

A. Problem

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, nach dem der Deutsche Bundestag feststellen soll, dass die Bundesrepublik Deutschland, die den UN-Zielen für eine nachhaltige Entwicklung zugestimmt habe, diese auch in der konkreten Ausgestaltung von Politik ernst nehmen solle. Der Deutsche Bundestag solle die Bundesregierung auffordern, den europäischen Emissionshandel auf den gesamten Verkehrssektor auszudehnen; bis zu diesem Zeitpunkt solle sie sich dafür einsetzen, dass u. a. keine Verschärfungen der vereinbarten CO₂-Grenzwerte eintreten. Ferner solle die Bundesregierung aufgefordert werden, die notwendigen Rahmenbedingungen für eine effektive Marktdurchsetzung von alternativen Antrieben und Kraftstoffen zu schaffen, die Befreiungen bei der Lkw-Maut für Gas- und Elektrofahrzeuge degressiv und auslaufend zu gestalten und die Planungs- und Genehmigungsverfahren für den Verkehrswegebau zu beschleunigen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/22495 abzulehnen.

Berlin, den 7. Oktober 2020

Der Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur

Cem Özdemir
Vorsitzender

Felix Schreiner
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Felix Schreiner

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 19/22495** in seiner 175. Sitzung am 16. September 2020 beraten und an den Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur zur federführenden Beratung und an den Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz, den Ausschuss für Wirtschaft und Energie sowie den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, nach dem der Deutsche Bundestag feststellen soll, dass die Bundesrepublik Deutschland, die den UN-Zielen für eine nachhaltige Entwicklung zugestimmt habe, diese auch in der konkreten Ausgestaltung von Politik ernst nehmen solle. Wenn man echte Nachhaltigkeit wolle, müsse man von der bisherigen sektoralen Betrachtung und von selektiven Einzelmaßnahmen Abstand nehmen. Der Deutsche Bundestag solle die Bundesregierung auffordern, einen technologieoffenen Ansatz zu verfolgen und den europäischen Emissionshandel auf den gesamten Verkehrssektor auszudehnen; bis zu diesem Zeitpunkt solle sie sich dafür einzusetzen, dass u.a. synthetische Kraftstoffe auf die EU-Flottengrenzwerte angerechnet werden können und keine Verschärfungen der vereinbarten CO₂-Grenzwerte eintreten. Ferner solle die Bundesregierung aufgefordert werden, die notwendigen marktwirtschaftlichen, rechtlichen und infrastrukturellen Rahmenbedingungen für eine effektive Marktdurchsetzung von alternativen Antrieben und Kraftstoffen zu schaffen, die Befreiungen bei der Lkw-Maut für Gas- und Elektrofahrzeuge degressiv und auslaufend zu gestalten, sodass sich das Prinzip der Nachhaltigkeit auch in der Subventionspolitik wiederfinde und die Planungs- und Genehmigungsverfahren für den Verkehrswegebau durch verschiedene Maßnahmen zu beschleunigen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz** hat den Antrag auf Drucksache 19/22495 in seiner 107. Sitzung am 7. Oktober 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/22495.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** hat den Antrag auf Drucksache 19/22495 in seiner 86. Sitzung am 7. Oktober 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/22495.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit** hat den Antrag auf Drucksache 19/22495 in seiner 84. Sitzung am 7. Oktober 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/22495.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur hat den Antrag in seiner 86. Sitzung am 7. Oktober 2020 beraten. Der **Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/22495.

Berlin, den 7. Oktober 2020

Felix Schreiner
Berichtersteller